

Gemeinde Martfeld

Protokoll

Sitzungsnummer: Ma/Rat/004/12

über die Sitzung des Rates am 21.02.2012

Beginn: 19:00 Uhr
Ende 20:45 Uhr
Ort: Mehrzweckraum der Grundschule Martfeld

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Marlies Plate

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Albers

Herr Dr. Dirk Aue

Herr Christoph Ferentschak

Frau Kerstin Hansen

Herr Marco Harries

Herr Klaus-Dieter Kasper

Herr Jürgen Lemke

Herr Burckhard Radtke

Herr Torsten Tobeck

Frau Frauke Toppe

Frau Krimhild Wulf

Verwaltung

Frau Christa Gluschak

Herr Horst Wiesch

Abwesend:

stimmberechtigte Mitglieder

Herr Heinrich Lackmann

Öffentlicher Teil

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeisterin Plate eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Genehmigung des Protokolls über die 3. Sitzung vom 17. Januar 2012

Herr Harries weist darauf hin, dass er in der letzten Ratssitzung unter dem Tagesordnungspunkt Anfragen und Anregungen auf Straßenschäden im Bereich des Oister Weges hingewiesen hat. Dieses wurde nicht protokolliert.

Weitere Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben. Die Niederschrift wird genehmigt.

Ja: 11 Nein: 0 Enthaltungen: 1

Punkt 3:

Erlass der Hundesteuersatzung

Vorlage: Ma-0008/12

Frau Plate berichtet, dass der Verwaltungsausschuss einstimmig den Erlass der Hundesteuersatzung empfohlen hat.

Herr Tobeck vertritt die Auffassung, dass in § 3 Abs. 1 der Satzung auch ein Steuersatz für einen gefährlichen Hund festgelegt werden soll.

Hiergegen werden vom Rat keine Einwände erhoben.

Ohne weitere Aussprache beschließt der Rat den Erlass der Hundesteuersatzung (Neufassung) in der der Beschlussvorlage Nr. Ma-0008/12 beigefügten Fassung mit dem Zusatz, dass in § 3 Abs. 1 der Steuersatz für einen gefährlichen Hund mit 612,00 € festgelegt wird.

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 4:

Straßenbaumaßnahmen "Wiesengrund", "An der Brake" und "In der Weide"

Antrag der ULM vom 04.02.2012

Frau Plate erläutert, dass im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2011 der Rat sich dafür ausgesprochen hat, dass zunächst die Förderanträge innerhalb der Dorferneuerung für den Straßenbau gestellt werden sollen. Erst nach Vorlage einer Bewilligung sollte endgültig entschieden werden, ob und wie die Straßen ausgebaut werden.

Nunmehr liegt ein Antrag der ULM-Fraktion zu diesem Thema vor.

Frau Wulf erläutert daraufhin den vorliegenden Antrag ihrer Fraktion.

Seitens der ULM wird beantragt eine Anliegerversammlung durchzuführen, um diesen die Maßnahmen nochmals darzustellen. Wichtig ist es, dass die Anlieger merken, dass ein Straßenbau gewollt ist und die Anlieger bei der Durchführung mitentscheiden können.

Herr Albers spricht sich gegen eine Anliegerversammlung aus, da zunächst geklärt werden muss, ob und wie ein Straßenbau durchgeführt werden soll. Erst wenn abschließend entschieden und geklärt ist, was auf die Anlieger zukommt, könnte eine Anliegerversammlung durchgeführt werden.

Er spricht sich gegen einen Straßenausbau aus, da neben den Baukosten auch die Abschreibungen von der Gemeinde zu erwirtschaften sind. Geht man von einer Nettobelastung von rund 100.000,00 € aus, würden die Abschreibungen bei einer Laufzeit von 25 Jahren bei 4.000,00 € pro Jahr liegen.

Herr Lemke weist darauf hin, dass der Ausbau der Straßen bereits seit 10 Jahren diskutiert wird. Da eine Realisierung in Asphalt genauso teuer ist wie in Betonstein (mit Dorferneuerungszuschüssen) spricht er sich für die im Antrag der ULM aufgeführte Vorgehensweise aus.

Frau Plate weist darauf hin, dass im Jahr 2007 eine Anliegerversammlung durchgeführt wurde. Dort wurden die Maßnahmen ausreichend dargestellt. In dieser Versammlung herrschte Einigkeit, dass zunächst die Zuschüsse im Rahmen der Dorferneuerung abgewartet werden sollen.

Aus Sicht von Herrn Kasper wäre die Durchführung einer erneuten Anliegerversammlung sinnvoll.

Herr Albers weist nochmals darauf hin, dass dadurch falsche Hoffnungen geweckt werden könnten.

Auch spricht er sich dagegen aus, dass die Anlieger entscheiden können, in welcher Art die Straßen ausgebaut werden sollen.

Herr Wiesch schlägt vor, dass seitens der Verwaltung die Straßenbaumaßnahme nochmals aufgearbeitet und gleichzeitig mit der LGLN geklärt wird, ob in diesem Jahr eine Bezuschussung und somit Realisierung der Maßnahme mit Dorferneuerungsmitteln möglich ist. Sobald hierzu eine Aussage vorliegt, könnte eine Anliegerversammlung durchgeführt werden.

Frau Wulf beantragt eine Einwohnerfragestunde.

Seitens des Rates bestehen keine Bedenken.

Herr Löwer spricht nochmals die im Jahr 2007 durchgeführte Anliegerversammlung an. Aus seiner Sicht sollte eine weitere erst dann durchgeführt werden, wenn konkrete Zahlen vorliegen.

Herr Habekost weist darauf hin, dass neben dem Straßenzustand auch das Oberflächenwasser ein großes Problem ist. Er weist weiterhin darauf hin, dass im Bereich dieser Straßen mit erhöhter Geschwindigkeit gefahren wird.

Herr Hausmann ist der Auffassung, dass bis zu einem endgültigen Ausbau kleinere Reparaturmaßnahmen durchgeführt werden sollten. Des Weiteren schlägt er vor, dass mit den Anliegern ein Ortstermin durchgeführt wird.

Auch er spricht die überhöhte Geschwindigkeit an. Er bittet zu prüfen, ob die Straßen nicht für den Durchgangsverkehr gesperrt werden können.

Da keine weiteren Anfragen und Anregungen gestellt werden, beendet Frau Plate die Einwohnerfragestunde.

Herr Tobeck erläutert, dass bereits im Jahr 2002 festgestellt wurde, dass im Bereich dieser Straßen Handlungsbedarf besteht. Die Maßnahme wurde immer wieder zurückgestellt. Nunmehr sollte eine Lösung zu den Problemen Straßenbau, Oberflächenentwässerung und Beleuchtung gefunden werden.

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion beauftragt der Rat die Verwaltung die vorliegenden Kosten nochmals zu überprüfen. Gleichzeitig soll mit der LGLN geklärt werden, ob entsprechende Dorferneuerungsmittel in diesem Jahr fließen werden.

Des Weiteren beschließt der Rat nach Vorlage dieser Angaben eine Anliegerversammlung mit vorherigem Ortstermin durchzuführen.

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 5:

Beschluss über die Haushaltssatzung des Haushaltsjahres 2012

Vorlage: Ma-0007/12

Frau Plate erläutert einleitend, dass es der Gemeinde Martfeld gelungen ist, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Trotzdem ist die finanzielle Lage der Gemeinde bedenklich. Zukünftig wird es schwieriger die geschaffenen Standards zu halten, da die Ausgaben steigen. Aus diesem Grund soll, trotz weiterer Investitionen, sparsam gewirtschaftet werden.

Im Anschluss daran geht Herr Wiesch auf die Eckdaten des Haushaltes 2012 ein.

Durch die vielen Beratungen ist es letztendlich gelungen, dass ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann.

Herr Tobeck weist darauf hin, dass seitens der SPD-Fraktion noch zwei Anträge vorliegen, über die zunächst beraten werden sollte.

Seitens der ULM erläutert Herr Tobeck, dass eine Besichtigung des Jugendhauses stattgefunden hat. Dabei wurde festgestellt, dass sowohl Kicker wie auch Dartscheibe vorhanden sind. Der Kicker entspricht zwar nicht dem eines Turnierkickers, trotzdem ist dieser durch kleinere Reparaturen an den Standbeinen vollständig nutzbar.

In diesem Zusammenhang weist Herr Tobeck darauf hin, dass trotz Öffnungszeit keine Jugendlichen anwesend waren. Herr Tobeck verdeutlicht, dass die ULM eine Mittelbereitstellung für die Anschaffung eines Kickers nicht mittragen wird. Sollte eine neue Dartscheibe gewünscht werden, sollte diese aus den eingegangenen Spenden sowie aus dem Budget gekauft werden.

Zum Erwerb eines Kommunalschleppers teilt Herr Tobeck mit, dass sich die Gemeinde Martfeld vor einigen Jahren entschieden hat, einen eigenen Gemeindearbeiter zu beschäftigen. Der zur Verfügung gestellte Pritschenwagen ist abgängig, so dass hier Handlungsbedarf gesehen wird. Fraglich ist jedoch, ob es sich um einen Kommunalschlepper handeln muss. Es sollte zunächst ermittelt werden, wie viele Stunden ein solcher Schlepper genutzt wird. Im Jahr 2011 hat Herr Engelmann rund 550 Stunden für die Gemeinde gearbeitet. Nicht bei allen Arbeiten ist der Einsatz eines Kommunalschleppers erforderlich, so dass davon auszugehen ist, dass dieser höchstens 200 Stunden im Jahr genutzt wird.

Herr Tobeck vertritt die Auffassung, dass kein Betrag in den Haushalt eingestellt werden soll. Zunächst sollten sich die Fraktionen Gedanken machen, was benötigt wird. Erst danach könnte ein Betrag außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden.

Herr Radtke weist seitens der SPD-Fraktion darauf hin, dass der vorhandene Kicker unattraktiv ist und daher wenig genutzt wird. Durch die Beschaffung eines neuen Kickers würde eine Attraktivitätssteigerung des Jugendhauses erfolgen. Dass eine Dartscheibe vorhanden ist, war der SPD-Fraktion nicht bekannt.

Zum Erwerb eines Kommunalschleppers erläutert Herr Radtke, dass die finanziellen Rahmenbedingungen im Rahmen des Haushalts 2012 zu schaffen sind. Auch die SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass, vor Anschaffung, zunächst geklärt werden muss, welche Art von Gerätschaften benötigt werden.

Herr Kasper schlägt vor, den Ansatz für den Erwerb eines Kommunalschleppers zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen. Dieser sollte, nach Klärung welches Gerät erworben werden soll, aufgehoben werden.

Des Weiteren spricht sich Herr Kasper seitens seiner Fraktion für den Erwerb eines Kickers aus.

Herr Lemke vertritt die Auffassung, dass Steuergelder, die z. B. aus der Gewerbesteuererhöhung erzielt werden, auch zielgerecht eingesetzt werden müssen (z. B. für die Wirtschaftsförderung). Für die Jugendarbeit entsteht bereits ein Zuschussbedarf von rund 30.000,00 €. Dieser sollte nicht erhöht werden.

Herr Albers weist nochmals darauf hin, dass der vorhandene Kicker nicht standardgemäß ist und somit auch nicht genutzt wird.

Herr Albers zeigt sich erstaunt darüber, dass seitens der ULM der Einsatzbedarf eines Kommunalschleppers mit rund 200 Stunden berechnet worden ist. Seitens der ULM wurden zur Attraktivitätssteigerung der Gemeinde mehr Grünflächen gefordert. Dieses bedeutet auch mehr Pflege.

Zum Thema Wirtschaftsförderung erläutert Herr Albers, dass sich die Ratsvertreter einig sind Gelder hierfür zur Verfügung zu stellen. Es sollten jedoch zunächst die Vorschläge aus der Arbeitsgruppe abgewartet werden.

Herr Ferentschak spricht sich für den Erwerb eines Kickers aus. Er hält jedoch den Ansatz von 1.000,00 € für überhöht. Aus diesem Grund sollte nach günstigeren Alternativen gesucht werden.

Frau Wulf weist darauf hin, dass die Erfordernis für den Erwerb von Gerätschaften gesehen wird. Ob es sich um einen Kommunalschlepper handeln muss, ist noch zu klären. Die dafür benötigten Mittel sollten zu gegebener Zeit außerplanmäßig zur Verfügung gestellt werden.

Herr Albers spricht daraufhin den Grundsatz, Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit an. Da Einigkeit darüber besteht, dass entsprechende Geräte erworben werden, sollten auch Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Dr. Aue macht den Vorschlag sowohl den Erwerb eines Kommunalschleppers wie auch die Anschaffung eines Kickers mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die eingestellten Beträge sind die Höchstbeträge und sollten möglichst unterschritten werden.

Nach kurzer Diskussion beschließt der Rat für den Erwerb eines Kommunalschleppers einen Betrag in Höhe von 40.000,00 € mit Sperrvermerk in den Haushalt einzustellen.

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Der Rat beschließt für den Erwerb eines neuen Kickers einen Betrag in Höhe von 1.000,00 € mit Sperrvermerk in den Haushalt einzustellen.

Ja: 9 Nein: 3 Enthaltungen: 0

Herr Tobeck erläutert seitens seiner Fraktion, dass man sich intensiv mit dem Haushaltsplan 2012 beschäftigt hat. So ist es gelungen einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Fraglich ist, ob dieses in den Folgejahren auch gelingen wird.

Herr Tobeck führt aus, dass bzgl. der Gewerbesteuererhöhung festzustellen ist, dass durch diese Mehreinnahmen die Umlagen erhöht werden, so dass nur ein geringer Teil bei der Gemeinde verbleibt. Dieser Anteil sollte jedoch auch entsprechend eingesetzt werden. Bereits jetzt ist zu erkennen, dass die Gemeinde weiterhin Einsparungen vornehmen muss, da weitere Steuererhöhungen aus Sicht der ULM nicht tragbar sind.

Herr Kasper erläutert seitens seiner Fraktion, dass diese dem Haushalt zustimmen werden.

Seitens der Grünen-Fraktion ist es wichtig, dass im sozialen Bereich der vorhandene Standard gehalten wird. Trotzdem muss nach Einsparpotenzialen gesucht werden.

Die Gemeinde muss dafür Sorge tragen, dass Martfeld auch weiterhin ein attraktiver und lebenswerter Wohnort bleibt. Jedoch ist nicht nur die Gemeinde gefordert, sondern auch die Eigentümer und Gewerbetreibenden.

Herr Kasper teilt mit, dass die Nutzung regenerativer Energien, u. a. die Umstellung auf Ökostrom, ein Ziel der Gemeinde sein sollte.

Herr Radtke führt aus, dass das Ziel der SPD-Fraktion ist, für die Gemeinde eine positive Zukunft zu ermöglichen. Gerade die letzten Wochen haben gezeigt, dass der Handlungsspielraum immer geringer wird. Bereits jetzt wird seitens der Gemeinde viel von den Ehrenamtlichen gefordert. Diese sind nicht in der Lage noch mehr zu erbringen.

Trotzdem sollte sich die Gemeinde ihrer Verantwortung im Bereich Schule, Kindergarten, Jugendhaus, Straßen und Gewerbe bewusst sein. Aber auch ältere Menschen und Landwirte sollen zukünftig ein Thema sein.

Als bedenklich sieht Herr Radtke die Reduzierung der Bauhofstunden in der Gemeinde an. Aus seiner Sicht werden diese eher steigen.

Herr Albers bittet nochmals darum, dass die Gemeinde nach außen hin positiv dargestellt wird. Es sollte das Signal gesetzt werden, dass es sich lohnt, in Martfeld zu leben.

Herr Lemke erwidert hierzu, dass es seitens der ULM-Fraktion nicht Ziel war, die Gemeinde Martfeld schlecht darzustellen. Er vertritt jedoch die Auffassung, dass sich in den letzten 10 Jahren nicht viel in Martfeld getan hat. Dieses soll durch zu treffenden Entscheidungen geändert werden.

Der Rat beschließt die Haushaltssatzung und das Investitionsprogramm des Haushaltsjahres 2012 in der vorliegenden Fassung und unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungen.

Ja: 12 Nein: 0 Enthaltungen: 0

Punkt 6:
Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 6.1:
Grundschule Martfeld

Herr Wiesch berichtet nochmals über das Gespräch mit der Landesschulbehörde bezüglich der Neubesetzung der Schulleiterstelle in Martfeld.

Positiv ist, dass ein Erhalt der Grundschule bis zum Jahr 2017 gewährleistet ist und Frau Grimpe bis zu ihrer Pensionierung die Schulleitung für die Grundschule in Schwarme und Martfeld übernehmen wird.

Punkt 6.2:
Photovoltaikanlage

Herr Wiesch berichtet, dass im Gewerbegebiet „Am Funkturm“ eine Fläche für Photovoltaikanlagen veräußert wird. Es verbleiben jedoch im Bereich des Gewerbebetriebes Harms Flächen für weitere Gewerbeansiedlungen.

Punkt 7:
Anfragen und Anregungen

Punkt 7.1:
Antrag

Herr Harries legt im Namen der SPD-Fraktion einen Antrag für die Einrichtung einer ständigen Arbeitsgruppe mit Vertretern der Gemeinde Schwarme vor.

Punkt 7.2:
Ratssitzung

Herr Tobeck weist darauf hin, dass laut Terminplan die nächste Ratssitzung erst Ende April vorgesehen ist. Aus Sicht der ULM sollte bereits Ende März eine weitere Sitzung zum Thema „Nutzung Schul- und Kindergartengebäude“ stattfinden.

Herr Wiesch verdeutlicht, dass durch entsprechende Verträge Nutzungen bis zum Jahr 2015 geregelt sind. Somit sollte das Thema in Ruhe aufgearbeitet werden. Im April ist zunächst vorgesehen eine Sitzung zum Thema „Übertragung der Kindergärten auf die Samtgemeinde“ durchzuführen.

Herr Albers spricht sich dafür aus, dass, sobald entsprechende Unterlagen zur Nutzung der Gebäude vorliegen, diese in einer nichtöffentlichen Sitzung erörtert werden.

Herr Lemke vertritt die Auffassung, dass sich der Rat regelmäßiger treffen muss, damit alle Mitglieder ausreichend informiert werden.

Punkt 7.3:
Landesstraße L 202

Herr Kasper bittet darum, dass im Bereich der L 202, Höhe Kleinenborstel, eine erneute Messung durchgeführt wird, da die damals durchgeführte nicht repräsentativ ist.

Herr Wiesch sagt eine Klärung zu.

Punkt 8:

Einwohnerfragestunde

Herr Brüning-Kuhlmann spricht die Bushaltestelle Hollen an.

Herr Wiesch erklärt hierzu, dass über den Förderantrag noch nicht entschieden wurde.

Da keine weiteren Anfragen gestellt werden, bedankt sich Frau Plate bei den Anwesenden und beendet die Sitzung.

Die Bürgermeisterin

Der Gemeindedirektor

Die Protokollführerin